

Dienstag, 05. März 2024, Offenbach-Post /
Seligenstadt/Hainburg/Mainhausen

Satzung statt Bebauungsplan

CDU Hainburg argumentiert mit Beschleunigungseffekt



16,8 Hektar großes Gewerbegebiet in Hainstadt: Die CDU spricht von einer firmenfreundlichen Ansiedlungspolitik, die Opposition bemängelt „fehlendes, unzeitgemäßes Planungsrecht“. Foto: hampe

Hainburg – Die CDU-Fraktion im Hainburger Gemeindeparlament hat gegen die Stimmen der Opposition die Voraussetzung geschaffen, dass sich ein mittelständisches Unternehmen mit 20 Arbeitsplätzen im Hainstädter Gewerbegebiet neu ansiedeln kann. Die Oppositionsfraktionen SPD und BfH folgten dagegen einem Änderungsantrag der Grünen, die über das gesamte Gewerbegebiet einen neuen Bebauungsplan legen wollten.

„Wenn wir dem Grünen-Antrag folgen, dauert das Verfahren mindestens zwei Jahre. Der Mittelständler würde sich dann einen anderen Standort suchen. Das Aufstellen einer Satzung ist in wenigen Wochen möglich, und das Unternehmen kann seinen Standort im Hainstädter Gewerbegebiet ansiedeln. Daher ist kaum nachzuvollziehen, dass die Opposition den bürokratischeren Weg präferiert“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Harrer.

„Aus unserer Sicht wurde eine Gelegenheit verpasst, das 16,8 Hektar große Gewerbegebiet durch einen qualifizierten Bebauungsplan attraktiv zu gestalten inklusive der verkehrsrechtlichen Erschließung – ein schlechter Kompromiss“, so Grünen-Fraktionsvorsitzender Cliff Hollmann. Es solle eine Festlegungssatzung nach Paragraph 34, Absatz 4, des Baugesetzbuches beschlossen werden. „Hintergrund ist die Rechtsunsicherheit aufgrund des fehlenden Planungsrechtes (...) Wir halten nach wie vor die Beplanung des im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet festgelegtes Areals für unablässig für eine aktive Wirtschaftsförderung und Verkehrsplanung des Areals“, so Hollmann mit Verweis auf „die unzureichende Erschließung über zwei Stichstraßen“.

2013, so Hollmann weiter, hätten die Grünen beantragt, „dass der Gemeindevorstand kurzfristige Gespräche mit Entwicklern führt und den Bebauungsplan aufstellt.“ Die 2014 dem Gemeindevorstand vorliegenden Ergebnisse seien 2016 in Bauausschuss besprochen worden. „Erkenntnisse: unklare genehmigungs- und umweltrechtliche Situation; fehlendes, unzeitgemäßes Planungsrecht.“

Wo es gute und schnelle unbürokratische Möglichkeit gebe, etwas zu gestalten, solle man diese auch nutzen, so dagegen Jürgen Harrer. „Planungsbeschleunigung ist in aller Munde. Dieses Instrument nutzen wir, wo wir es können.“ Hinzu komme, dass der Bebauungsplan, wie er von der Opposition gefordert werde, Einzelhandel im Gewerbegebiet ausschließe.

„Das entspricht nicht dem eindeutigen Wunsch unserer Bevölkerung, die sich sehr deutlich einen Discounter und Drogeriemarkt im Ortsteil Hainstadt wünscht.“

Die CDU habe bereits beim Ausbau des Rewe-Marktes deutlich gesagt, „dass wir dieses Ansinnen unterstützen.“ Hierfür werde ohnehin ein Bebauungsplan nötig, für den Hainburg einen entsprechenden Abweichungsantrag vom Regionalplan einreichen müsse, so Harrer. Für die CDU sei dies der zielführendere Weg, der eine weitere Belebung des Gewerbegebiets zur Folge habe. „Wir setzen mit der Entscheidung jetzt die Rahmenbedingungen, die ein Mittelständler und später Einzelhändler und Gewerbetreibende benötigen, um bei uns Fuß zu fassen“, sagte Harrer abschließend. mho